



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bilder aus der Ukraine gehen unter die Haut. Bis vor wenigen Tagen war ein Krieg an den Grenzen Europas nicht vorstellbar. Wir bewundern den Mut sowie die Tapferkeit der ukrainischen Bevölkerung und in ganz Deutschland ist eine große Solidarität und Hilfsbereitschaft zu spüren. Ja, wir wollen und können helfen. Der Bundesrat hat sich heute deshalb klar positioniert.

In der Sitzung haben wir zudem den Opfern des Krieges in der Ukraine und des Terrorismus gedacht. Auch wenn es den Gedenktag der Opfer des Terrorismus bereits seit dem Jahr 2005 gibt und er an die Anschläge am 11. März 2004 in Madrid erinnert, waren heute viele im Gedanken bei den Menschen in der Ukraine, die teilweise unter schlimmsten Verhältnissen, abgeschnitten von Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung, in den belagerten Städten ausharren.

Mehr Informationen zur heutigen Sitzung des Bundesrates bietet Ihnen unser aktueller Newsletter. Bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Lucia Puttrich
Staatsministerin

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 11. März 2022



© Bundesrat | Dirk Deckbar

EU-Pläne für Finanzhilfen an die Ukraine

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Makrofinanzhilfe für die Ukraine

Der Bundesrat hat zu dem Vorschlag der Europäischen Kommission umfangreich Stellung genommen und seine Solidarität für die Ukraine bekräftigt.

Die Kommission schlägt vor, Darlehen in Höhe von 1,2 Mrd. EUR zur Förderung der Stabilität in der Ukraine zu gewähren. Das Europäische Parlament hat die Makrofinanzhilfe bewilligt, auch der Rat hat den Vorschlag der Kommission bereits angenommen. Geplant ist ein Soforthilfepaket mit einer Laufzeit von 12 Monaten und zwei Auszahlungen.

In seiner Rede erklärte **Ministerpräsident Volker Bouffier**, dass man vor fundamentalen Herausforderungen und grundlegenden Veränderungen der Weltpolitik stünde. Es sei notwendig, „klar Position zu beziehen“, den Angriffskrieg zu verurteilen und „Solidarität mit den Menschen in der Ukraine zu bekunden.“

>>> zum [Video](#)



© Bundesrat | Dirk Deckbar

Landesinitiative - Schutz vor digitalem Hausfriedensbruch

Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes - Strafbarkeit der unbefugten Benutzung informationstechnischer Systeme - Digitaler Hausfriedensbruch

Der Bundesrat hat heute beschlossen, den hessischen Gesetzentwurf zur wirksameren Bekämpfung von Cyberkriminalität erneut in den Deutschen Bundestag einzubringen.

Ziel der hessischen Initiative ist, den digitalen Hausfriedensbruch als neuen Straftatbestand einzuführen. Des Weiteren sieht der Vorschlag vor, den unerlaubten Zugriff auf fremde Computer, Smartphones, und Webcams mit einem Freiheitsentzug von bis zu zehn Jahren unter Strafe zu stellen. Dem Vorschlag ging ein Beschluss der Justizministerkonferenz der Länder voraus. Bereits 2016 und 2018 hatte der Bundesrat den hessischen Gesetzesentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht. Danach fiel dieser unter die Diskontinuität.

>>> mehr dazu auf [Bundesrat.de](#)

Hessen fordert mehr Informationsaustausch der Finanzbehörden

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Börsengesetzes



© Bundesrat | Dirk Deckbar

Auf Wunsch von Hessen hat sich der Bundesrat heute erneut mit einem Vorschlag zur Änderung der Verschwiegenheitspflicht im Börsengesetz befasst. Die Gesetzesinitiative des Landes Hessens hat das Ziel, die materiellen Hürden für den Informationszugriff der Finanzbehörden abzusenken.

Einen inhaltsgleichen Gesetzentwurf hatte Hessen im vergangenen Jahr kurz vor Ende der 19. Legislaturperiode eingebracht. Nachdem der Entwurf nicht mehr beraten werden konnte, bringt Hessen jetzt den Entwurf ein weiteres Mal auf den Weg. Der Bundesrat hat heute einer erneuten Einbringung beim Bundestag zugestimmt.

>>> mehr dazu auf [Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)



© Bundesrat | Dirk Deckbar

Landesinitiative - Strafbarkeitslücke bei Kindesentführungen beseitigen

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes von Kindern

Auch mit diesem Gesetzesentwurf befasste sich der Bundesrat erneut. Der Vorschlag wurde dem Deutschen Bundestag bereits in der 19. Wahlperiode zugeleitet, aber in der abgelaufenen Legislaturperiode nicht mehr behandelt.

Nicht selten werden Kinder in der Bundesrepublik Deutschland Opfer von Entführungen und auf Pädophilie zurückzuführende Taten. Die bisherige Gesetzeslage gewährleistet keinen befriedigenden strafrechtlichen Schutz von Kindern. Im Hinblick auf die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern hat der von Hessen eingebrachte Gesetzesentwurf in erster Linie zum Ziel, die sich aus der bisherigen Gesetzeslage und Rechtsprechung ergebenden Lücken des strafrechtlichen Schutzes von Kindern in den Bereichen Kindesentführungen von Säuglingen oder Kleinstkindern ohne sexuelle Missbrauchshandlungen oder sonstige Anschlussstaten zu schließen.

>>> mehr dazu auf [Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)

VIDEOS & BILDER

Unsere **Veranstaltungen** können Sie auf unserem **YouTube** Kanal **Hessen in Berlin und Europa** sowie bei **Twitter** unter **@EUBerlinEuropa** abrufen.

Zu Besuch in der Landesvertretung

Ministerin Lucia Puttrich trifft Botschafter baltischer Länder

Europaministerin **Lucia Puttrich** hat sich in Berlin mit der Botschafterin Lettlands, I.E. Inga Skujiņa, und dem Botschafter Estlands, S. E. Alar Streimann, getroffen. Bei dem Gespräch ging es um die Auswirkungen des Ukrainekrieges auf die Europäische Union und natürlich über die Sorgen und Ängste in den Ländern. Es war ein ebenso interessantes wie bedrückendes Gespräch. Alle drei waren sich darin einig, dass die Europäische Union und ihre Partner jetzt stärker denn je zusammenhalten und zusammenrücken müssen.



© Staatskanzlei/ Brosius

TERMINVORSCHAU

Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 18. März 2022 zur einer Sondersitzung zusammen treten.

Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 14. bis 18. März statt.

Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte:

- ▶ Änderung des Infektionsschutzgesetzes
- ▶ Impfpflicht gegen SARS-CoV-2
- ▶ Vereinbarte Debatte Erinnern für die Zukunft – 30 Jahre Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Lesung mit Zsuzsa Bánk

am **Mittwoch, 16. März 2022, um 18.30 Uhr, Hessische Landesvertretung**

die in Frankfurt lebende Autorin **Zsuzsa Bánk** verarbeitet in ihrem neuen Buch „Sterben im Sommer“ ihre Familiengeschichte und den Tod ihres Vaters. Dieser erkrankt während eines Sommerurlaubs am Plattensee und unternimmt, während die Familie der Erzählerin weiter im Urlaub weilt, eine Odyssee durch verschiedene Krankenhäuser, bis er dem Krebs erliegt. Die Schilderung dieses Abschieds verbindet sich mit Erinnerungen und Fragmenten aus der Geschichte der Familie, die 1956 nach dem Niederschlag des



© Gaby Gerster

Aufstands in Ungarn nach Deutschland flieht.

Die Lesung wird moderiert von **Christiane Kohl**, Journalistin und Schriftstellerin, die viele Jahre für den "Spiegel" und die Süddeutsche Zeitung arbeitete.



© HLV Berlin

Hessen am Mittag – Luxemburg aktuell

am Mittwoch, 16. März 2022, um 13.00 Uhr, Hessische Landesvertretung

Entzug von Haushaltsmitteln bei Rechtsstaatlichkeitsverstößen – Urteil des EuGH

am 16. Februar 2022 hat der Europäische Gerichtshof die Klagen von Polen und Ungarn gegen die Einführung einer allgemeinen Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union abgewiesen. Wir freuen uns, dass wir für die Besprechung des Urteils Herrn **Prof. Dr. Armin von Bogdandy** gewinnen konnten. Er ist Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg sowie Professor an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.



Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin
Telefon 030. 726 200 500
www.landesvertretung.hessen.de
www.stk.hessen.de

Parkplätze stehen leider nicht zur Verfügung.
Öffentliche Verkehrsmittel:
U2 & S-Bahn »Potsdamer Platz«, 2 Min.,
barrierefrei,
Fußweg über Ebertstraße Richtung
Brandenburger Tor.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (1., 2., 3., 4. v.l.), ©T. Koch (2.v.r.)

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin

Hessen in Berlin und Europa im Social Web:

